

## Presseerklärung

### **Dachverband der SED-Opfer begrüßt Entschließungsantrag für ein zentrales Mahnmal für die Opfer des Kommunismus**

Berlin, 1. Oktober 2015

Die Initiative Mahnmal der UOKG e.V. begrüßt den Vorstoß der Regierungskoalition, zum 25. Jahrestag der Deutschen Einheit ein Mahnmal für Kommunismusopfer an einem zentralen Ort in Berlin auf den Weg zu bringen.

Im Entschließungsantrag des Deutschen Bundestags zum Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit wird gefordert:

*„(...) das Gedenkstättenkonzept des Bundes im Sinne des Koalitionsvertrages von CDU/CSU und SPD weiterzuentwickeln und dabei im Besonderen eine in dieser Legislaturperiode anstehende Initiative des Deutschen Bundestages für ein Denkmal zur Mahnung und Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft an einem zentralen Ort in Berlin vorzubereiten und zu begleiten.“* (Drucksache 18/6188, S. 9, Nr. 15)

Die Initiative Mahnmal lud heute zu einer Pressevorstellung ein. Der Generalsekretär der CDU Berlin, Kai Wegner, sprach dabei von einem „Meilenstein“ auf dem Weg zu einem Mahnmal für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft. Vorbild für ein zentrales Mahnmal seien viele europäische Staaten – „warum nicht bei uns?“, fragte der Politiker. „Wir haben jetzt zwei Jahre Zeit, das Denkmal so vorzubereiten, dass sein Bau unwiderruflich ist.“

Dr. Hubertus Knabe, Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, betonte den Konsens in der Aufarbeitungslandschaft für das Mahnmal. Er unterstrich, dass den Opfern von politischer Gewalt eine symbolische Anteilnahme der Gesellschaft zustehe und der „epochale Charakter“ ihres Leides sichtbar werden müsse.

Stephan Hilsberg, Parlamentarischer Staatssekretär a.D. und Mitglied der Initiative Mahnmal, stellte heraus, dass eine weitreichende Aufklärung über die Anfänge, die Verbrechen und das Scheitern der kommunistischen Diktatur nur durch ein mit dem Mahnmal verbundenen Dokumentationszentrum gelingen könnte.

Am morgigen Freitag, den 2. Oktober 2015, wird über den obengenannten Entschließungsantrag abgestimmt. Wir bitten alle Bundestagsabgeordneten, sich diesem Antrag anzuschließen.

**Ansprechpartner:** Anna Michels-Boger, UOKG-Geschäftsstelle, 030 / 55 77 93 - 51